

Frieden gewinnen, nicht Kriege Verhandeln jetzt

Günter Brakelmann

Krieg - gestern und heute und auch morgen?

Antje Vollmer

**„Für mich hat der Krieg in den Köpfen spätestens 2008
und erst recht 2014 begonnen“**

Angelika Claußen

**Waffenstillstand. Frieden in der Ukraine.
Klimakrise eindämmen**

**Ein Lesebuch des
Bochumer Friedensplenums**

FRIEDEN GEWINNEN – NICHT KRIEGE

Verhandeln statt töten

Das fordern immer mehr Menschen nach einem Jahr Krieg in der Ukraine. Mehrere hunderttausend Tote, Millionen auf der Flucht, Städte, Dörfer und lebenswichtige Infrastruktur liegen in Trümmern. Aber weniger die Opfer des russischen Angriffskrieges gegen die Nachbarn – wie viele noch, wenn nicht verhandelt wird? – stehen im Vordergrund unserer politischen Diskussion, sondern Waffen, die weiter töten und Friedenskompromisse endlos hinausschieben. Widerstand gegen die Gewaltspirale, die im atomaren Untergang enden könnte, wird in Politik und Medien als deutsche Eskalationsangst beschimpft.

In diesem Lesebuch des Bochumer Friedensplenums sind Gegenstimmen versammelt gegen einen Mainstream in Politik und Medien, der darauf setzt, dieser Krieg - auf den endzeitlichen Vernichtungsarsenalen in Ost und West - könne durch einen Sieg auf dem Schlachtfeld entschieden werden. Höchste Militärs warnen vor dieser Illusion.

Der Bochumer Theologe und Sozialethiker **Günter Brakelmann** besteht in seinen Reflektionen „Krieg – gestern und heute und auch morgen?“ darauf, Kriegsgründe, auch die alte Lehre vom „gerechten Krieg“, vom Ende her zu beurteilen: von den Massenvernichtungen von Menschen und Massenerstörungen von Zivilisation und Kultur. „Der Krieg hat sich mit seiner Möglichkeit, die Erde weithin unbewohnbar zu machen, als Mittel politischer Konfliktlösung ad absurdum geführt“.

Antje Vollmer, die frühere Bundestagsvizepräsidentin, ebenfalls Theologin, wirft im Telepolis-Interview vom November letzten Jahres ihrer Partei, den Grünen, vor, es gebe dort keine inhaltliche Debatte mehr „über die jetzt brennende Frage: Wie kommen wir denn zum Frieden hin?“ Pazifisten kenne sie dort keine mehr. „Ökologen gibt es noch eine ganze Menge. Aber auch die müssen sich irgendwann entscheiden: Wollen sie vorrangig die Bösewichte der Welt, also die Putins und Xi Jinpings bestrafen, oder wollen sie die Welt retten?“

Dieser Zusammenhang von Krieg und Klimakrise ist das Thema von **Angelika Claußen**, Co-Vorsitzende der deutschen Sektion der IPPNW. Sie sieht in der Gefahr eines Atomkrieges und in der sich zuspitzenden Klimakrise die beiden größten Bedrohungen für die Menschheit im 21. Jahrhundert. Mit jedem Tag des Ukrainekrieges wachse das Risiko, dass der Krieg zum Atomkrieg eskaliere. „Die IPPNW spricht und urteilt aus einer humanitären Perspektive: Jeder Kriegstag ist einer zu viel – der Krieg muss jetzt so schnell wie möglich beendet werden.“ Nur durch Verhandlungen und erneute Schritte zur Kooperation können die übergeordneten Menschheitsziele gegen Krieg und Klimakrise gemeinsam gelöst werden.

Impressum:
Bochumer Friedensplenum
c/o Bahnhof Langendreer
Ralf Feldmann
Wallbaumweg 108, 44894 Bochum

Spendenkonto:
Bochumer Friedensplenum
Sparkasse Bochum
IBAN: DE89 430 500 010 001 394 709

Das Friedensplenum trifft sich am zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 18:30 Uhr im Haus der Begegnung, Alsenstraße 19 a, 44789 Bochum.

Günter Brakelmann**Krieg – gestern und heute und auch morgen?**

Der polnische Aphoristiker Lec formulierte in der Zeit des „Kalten Krieges“ diese Zeilen:

„Ich würd lachen, sie würden vor dem Ende der Welt nicht mit ihrer Zerstörung fertig.“

Man muss von Haus aus kein Pessimist sein, um nicht zu befürchten, dass die Selbstzerstörung der Schöpfung samt ihrer menschlichen Zivilisation und Kultur brutale Wirklichkeit werden kann. Es gibt genügend Anzeichen, dass der jetzige Russland-Ukraine-Krieg sich zum nächsten Weltkrieg entwickeln könnte.

Es sieht so aus, dass die Tatsache von zwei Weltkriegen in einem Jahrhundert und von unzähligen Kleinkriegen mit ihren massenhaften Tötungen von Soldaten und Zivilisten wie mit ihren Zerstörungen von Zivilisation und Kultur die gegenwärtigen Machtpolitiker nicht abhalten konnten, in der neuen angebrochenen Kriegszeit die mögliche Eskalation zum 3. Weltkrieg vorzubereiten und auch Wirklichkeit werden zu lassen. Nennenswerte Gewissensprobleme scheinen sie nicht zu haben. Gewissen ist vor allem in der Außenpolitik eine Mangelware geworden. Für die meisten heute herrschenden politischen Kräfte ist Krieg immer noch eine politische Möglichkeit, wenn er sich als Notwendigkeit in bestimmten Machtauseinandersetzungen erweisen sollte. Man fühlt sich in erster Linie gebunden an die eigenen Ziele seiner nationalen Politik als Machtpolitik. Man folgt den traditionellen Eigengesetzlichkeiten der Priorität eines militärischen Denkens. Das letzte Vertrauen liegt auf dem militärischen System, dessen Denk- und Handlungskriterien man mehr vertraut als einer diplomatischen Praxis, die aus ist auf eine politische Beilegung von zwischenstaatlichen und internationalen Konflikten. Die Potentiale, Gegensätze durch Kompromissregelungen zu mindern oder zu beseitigen, scheinen immer mehr abzunehmen und im Bewusstsein der politisch Letztverantwortlichen an den Rand zu rücken. Es verfestigt sich immer mehr die Bereitschaft, entgegen allen Friedensbeteuerungen einen Krieg zu führen statt die Last konkreter Friedenspolitik durch diplomatische Aktivitäten auf sich zu nehmen.

Aber damit betreibt man eine Politik, die bereit ist, Massen von Menschen und Stätten von Zivilisation und Kultur zu vernichten und vernichten zu las-

sen. Militärs und bestimmte Spitzenpolitiker lassen eine Neigung erkennen, die sich auch durch die drohende Vernichtung von Millionen von Menschen und ihrer Umwelt nicht abhalten lassen, den Eigengesetzlichkeiten militärischer Tötungs – und Vernichtungsstrategien zu folgen. Und das tun sie in der Regel mit bestem Gewissen. Von den Kriegsursachen her fühlen sie sich moralisch legitimiert zum unterschiedslosen Vernichten der Feinde, die durch ihre Politik den Krieg verursacht haben sollen. Die Kriegsfolgen mit ihren Opfern an Soldaten und Zivilisten machen ihnen keine großen Bedenken. Sie gehören zum Krieg. Die aber, die bestimmen, ob und wie Krieg geführt wird, werden in der Regel keine Fronterfahrungen machen. Sie haben die große Chance, in sicheren Bunkern zu überleben. Sie werden nie einen Feind sehen und auch nie selbst einen Feind töten. Sie wissen aus eigener Erfahrung nicht, wie die Wirklichkeit eines Krieges an der Front aussieht, wie Gewehrkegel einen Menschen in Sekunden vom Leben zum Tod bringen oder wie von Granaten zerrissene Soldaten unkenntlich gemacht worden sind und wie Verwundete qualvoll ihr Leben beenden – das kennen die, die die großen Schlachten organisieren und die Befehle erteilen, selten und meistens überhaupt nicht. Dass auf Grund ihrer Einsatzbefehle gelitten und gestorben wird, ist für die Offiziere in den Generalstäben normal.

Auch die Durchhalteparolen werden „hinten“ formuliert und an die „vorne“ weitergegeben. Gelingt ein militärischer Sieg, so bekommen die die höchsten Orden, die die Schlachtenpläne entworfen hatten. Die Frontsoldaten werden in der Regel mit den unteren Ordensklassen ausgezeichnet und die Verwundeten erhalten ein Verwundetenkreuz. In den Soldatenquartieren fließen Bier und Schnaps, in den Hauptquartieren Sekt und Champagner.

Die Kriegszeiten werden sehr verschieden erlebt. Das Massensterben in den Großschlachten wird von der Heeresleitung und den Feldpredigern als Opfer für Kaiser und Reich interpretiert, später für Führer, Volk und Vaterland. Man stirbt für die Freiheit und für ein hoffnungsvolles Weiterleben der Nation nach dem Krieg. Dafür sind keine Opfer zu hoch. Und die meisten Kämpfer an den Fronten akzeptieren diese Parolen, die von oben verkündigt werden. Sie sind erzogen im nationalen Geist und geübt im Gehorsam gegenüber den obrigkeitlichen Gewalten. Sie lassen sich in den Kampf schicken und verstehen sich als Opfer für einen Endsieg über den Feind und als Vorbereiter für eine bessere Zukunft des Vaterlandes.

Die Befehlshaber der Armee und Marine befürworteten in den beiden Weltkriegen bald die Praxis eines „totalen Krieges“. Sie drängen darauf, die Politik in den Dienst des Militärischen zu stellen. Militärische Notwendigkeiten als Voraussetzung eines Siegfriedens sollen die Inhalte der Politik bestimmen.

Diese Tendenzen sind in allen bisherigen Kriegen zu beobachten. Man sollte auch bei den heutigen Überlegungen immer daran denken, was Krieg in seinem Vollzug bedeutet.

Hinzu kommt noch eine weitere Beobachtung: der Einfluss eines „militärisch-industriellen Komplexes“, der die Politik drängt, durch steigende Rüstungsaufträge die Kampfkraft der Wehrmacht und der Marine zu steigern. Die Aufrüstungen werden verstanden als friedenssichernde Maßnahmen, die mögliche Angreifer abschrecken sollen. Bricht aber trotzdem ein Krieg aus, kommt eine neue große Stunde der Rüstungsindustrie, die die höchsten Gewinne im industriellen System macht. Und während des Krieges haben die Ingenieure eine Hochzeit: sie verbessern das bestehende Waffenarsenal und erfinden neue bessere Vernichtungswaffen, erfinden Panzer und verbessern die Kampfflugzeuge. Und die Chemiker entwickeln Kampfgase, die das Kriegsgeschehen immer mehr brutalisieren. Bestimmte Wissenschaftler stellen ihre Erkenntnisse und Fähigkeiten in die Perfektionierung des Krieges. Die Inhaber und Lenker der Rüstungsindustrie und die Betreiber der Forschungslabore werden die großen Kriegsgewinnler. Sie fragen selten nach der moralischen Verantwortlichkeit ihrer reichumsvermehrenden Geschäfte im Dienst eines sich immer mehr totalisierenden Krieges. Sie berufen sich auf die politische Zuständigkeit ihrer Auftraggeber. Und sie sind zudem noch stolz auf ihre Produkte von Geschützen und Panzern, wenn sie den Sieg ermöglichen. Von besonderer Wichtigkeit wird am Ende des 1. Weltkriegs und im Laufe des 2. Weltkriegs der forcierte Aufbau einer Flugzeugindustrie. Flugzeuge ermöglichen es, militärische und zivile Ziele im Landinnern des Feindes anzugreifen. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung dürften die deutschen und alliierten Flächenbombardements gewesen sein. Sie richteten sich nicht nur gegen industrielle und militärische Anlagen, sondern hatten zum Ziel die Dezimierung der Zivilbevölkerung und die Zerstörung der Infrastrukturen ihrer Lebens- und Arbeitswelten. Endgültig wurde hier die klassische völkerrechtliche Unterscheidung von Kombattanten und Zivilisten aufgehoben. Die letzten Reste der zuvor von allen Staaten beschworenen völkerrechtlichen Vereinbarungen wurden Makulatur. Und es waren demokratisch ge-

wählte Staatsmänner, die den Abwurf von Atombomben und die Bombardements von Städten befahlen.

Moderne Kriege haben die Tendenz zu unterschiedsloser Vernichtung des Feindes und seiner Lebenswelt. Am Ende wurden die letzten Kriege totale Kriege, die Millionen von Menschen Tod und Verderben gebracht haben. Und auch dieses: die Sieger bestimmten die neuen politischen Strukturen in der Nachkriegszeit. Die großen Sieger degradierten die geschlagenen Feinde zu ihren Satteliten. Damit legten sie aber die Grundlagen zu neuen Kontroversen in der Zukunft.

Wozu diese Erinnerungen? Es fällt auf, dass in den Diskussionen über den neuen Krieg zwischen Russland und der Ukraine selten an die Kriegserfahrungen des letzten Jahrhunderts erinnert wird. Eigentlich kann man wissen, wie Kriege entstehen und wie sie geführt werden. Man kann bis in Einzelheiten des Kriegsalltags hinein die Schicksale der betroffenen Menschen verfolgen und man kann rekonstruieren, wie der Geist zuvor zivilisierter Menschen zum Ungeist von Widernmenschen gemacht werden kann, wenn sie in Kriege geschickt werden. Eigentlich könnte man meinen, dass unsere sehr genauen Kenntnisse über die Verbrechen im Krieg uns aufrütteln würden, gegen jeden gegenwärtigen Kriegsgeist zu opponieren. Beide Weltkriege haben Kriegsverbrechen gekannt. Die Kriege selbst sind ein Verbrechen. Politische Arbeit für den Frieden ist Verbrechensbekämpfung.

Nun sollten auch die folgenden historischen Tatsachen nicht vergessen werden, wenn man heute über eine kriegsschwangere Gegenwart nachdenkt. Frontberichte aus dem 1. und 2. Weltkrieg zeigen, dass man Stolz und Freude empfinden kann, wenn man einen Feind oder mehrere Feinde „abknallte“. Je höher die Verluste bei den Feinden, desto ausgelassener die Stimmung bei Bier und Schnaps nach der Schlacht. Und wenn eine Schlacht gewonnen war, feierte man zudem einen Feldgottesdienst als Dankgottesdienst für den Sieg. Man feierte Gott als den „Herrn der Heerscharen“ und bat um weiteren Beistand in den kommenden Schlachten bis zum Endsieg. Man war überzeugt, dass Gott die gewinnen lässt, die die „gerechte Sache“ vertreten. Dem Sieger gab er auch das Recht eines Strafamtes über die übermütigen, moralisch und kulturell Tiefstehenden und am Krieg Schuldigen. In der festen Überzeugung, dass Gott den Sieg seiner Deutschen und des Deutschtums über die Fremdvölker will, radikalisierte man im laufenden Krieg die Tötungsmaschi-

nerie, um die Ziele des Annexionismus und der späteren Reparationen zu erreichen.

Im 2. Weltkrieg ereignete sich zunächst von deutscher Seite durchweg ein hemmungsloses Vernichten der militärischen Feinde, die Versklavung der Bevölkerungen und das organisierte Töten fremdvölkischer und fremdrassischer Volksangehöriger. Von den sog. Einsatzkommandos, die die Vernichtung des Judentums zur Aufgabe hatten, wird berichtet, dass sie nach anfänglichen Hemmungen immer mehr Spaß an der Tötungspraxis bekamen. Am Ende mordeten sie überwiegend mit Lust und Freude. Und Flugzeugbesatzungen, die innerstädtische Bevölkerungen „ausradiert“ hatten, machten sich nach ihrer Rückkehr vom Feindflug „gemütliche Abende“ bei Alkohol und schmissiger Militärmusik.

Und die SS-Leute in den Konzentrationslagern ließen ihre KZ-Insassen sich zu Tode arbeiten, folterten sie oder erschossen sie. Und das alles machten sie mit gutem Gewissen. Der Tod der Feinde bedeutete für sie das zukünftige Leben- und Herrschenkönnen der eigenen Rasse. Die arische Rasse hatte die national- und weltpolitische Aufgabe, die Welt von ihren minderwertigen Völkern und Rassen zu befreien.

Was zu sehen ist: das Töten von Menschen kann zur politisch und moralisch legitimierte Aufgabe werden. Das Ausrotten der Unreinen und Minderwertigen kann zur Staatszielbestimmung werden. Hass auf Fremdes kann zu der Bereitschaft führen, im Namen des Guten Unmenschlichkeiten sich austoben zu lassen. Und im Zuge des Vollzugs des Tötens lassen sich die Täter immer bessere Methoden einfallen, das Massentöten zu rationalisieren und effektiver zu machen.

Was klar zu sehen sein dürfte: die tiefe Ambivalenz des menschlichen Geistes. Auf der einen Seite hat er eine Zivilisation und Kultur geschaffen, die auf der Basis ökonomischer Effektivität mit Hilfe von Vernunft und Mitmenschlichkeit Gesellschaften entwickelt hat, in der Menschsein und Mitmenschsein ihr freiheitliches Betätigungsfeld gefunden haben. Und auf der anderen Seite können der homo faber und der homo politicus die Gegenteile inszenieren: die wollüstige Zerstörung dessen, was sie mit körperlichen und intellektuellen Anstrengungen geschaffen haben. Sie können die Selbstzerstörer der eigenen Welt werden. Sie können sich von sich selbst entfremden und die reale „Hölle auf Erden“ inszenieren. Und es ist keine noch so gute Welt denkbar, die

die Menschen mit ihren in ihnen wohnenden Widergeistern des Inhumanen nicht in eine Stätte des Unheils bis zur totalen Selbstzerstörung verwandeln könnten. Sie können die von ihnen entwickelte Technik zu Werkzeugen der Feind- und Selbstvernichtung ausnutzen. Die Menschen können eben beides sein: Diener eines menschenwürdigen Lebens und Akteure des Widermenschlichen.

Mit diesen durch ihre gegensätzlichen Möglichkeiten bestimmten Menschen hat es jede Politik zu tun. Sie kann sich nicht allein auf die „guten Menschen“ verlassen, sondern muss jederzeit den „bösen Menschen“ in Rechnung setzen. Keine Religion, keine Philosophie, keine Pädagogik und keine Rechtsgewalt können diese Grundambivalenz überwinden. Das „Gute“ ist immer bedroht durch sein Gegenteil. Die Humanität wird immer bedroht sein von den Geistern der Widermenschlichkeit. Diese kann verschiedene Formen und Inhalte annehmen und sich in verschiedene Uniformen kleiden. Es ist der mächtige Widergeist, der sich gegen die Inhalte der menschenfreundlichen, Gemeinschaft stiftenden 10 Gebote und gegen die aufgeklärten personalen und sozialen Grund- und Menschenrechte richtet. Es ist der Geist, der selbst bestimmen will, was gut und böse ist. Dieser Geist ist allgegenwärtig und kämpft gegen den Geist, der sich seine Inhalte geben lässt von den Geboten Gottes und/oder von den Prinzipien der aufgeklärten Philosophie und von den Kriterien demokratischer Rechts- und Sozialstaatlichkeit. Diese Auseinandersetzung zwischen den beiden Geistern wird in der Geschichte der Menschheit nie ein Ende nehmen.

Die Konsequenz aus diesem historischen Erfahrungswissen kann nur sein, dass einzelne Menschen wie ihre Völker und Staaten sich ständig wappnen für den Kampf gegen selbstbestimmte Unvernunft und gewollte Widermenschlichkeit. Dieser Kampf ist eine Kultur- und Staatsaufgabe. Der Staat selbst kann keine Politik betreiben, die gegen die Prinzipien der Vernunft und die Gebote der Menschenfreundlichkeit verstoßen. Er kann sich nicht pervertieren lassen zum Exekutor widermenschlicher Praxis.

Aber hier gibt es ein weiteres Problem: etliche Staaten haben in ihrem Innern Bürgerkriege oder werden von mächtigen Minderheiten gegen den Willen breiter Schichten des Volkes regiert. Noch gibt es im Weltmaßstab noch viele Staaten, in denen das Militär eine entscheidende Rolle spielt. In der Regel stehen die Militärs in diesen Staaten auf der Seite derer, die die Menschen-

rechtsforderungen ablehnen und autokratische bis totalitäre Systeme favorisieren.

Bei nicht ausbleibenden Konflikten mit Nachbarstaaten oder mit entfernteren Staaten können die Staaten nur versuchen, die Konflikte in verantwortlicher Gebundenheit an die „Werte“ ihrer Verfassung und an die Kriterien des Völkerrechts zu lösen. Dies harte Geschäft setzt voraus, dass sie sich intensiv mit den Argumenten der Gegenseite befassen und Punkte heraushören, die eventuell ein kritisches Gespräch miteinander eröffnen können. Solange sie ihre Politik, die ihrerseits auch immer interessengebunden ist, als die allein richtige und wahre Politik halten und nicht zur selbstkritischen Analyse der eigenen Interessen und Argumente bereit sind, gibt es keine Möglichkeiten, Kompromisse um des Friedens willen zu schließen. Ideologische, das heißt unverhandelbare Positionen, können sich nicht zu einem Dialog hin entwickeln, verfestigen das Gegeneinander und können den Grund legen zur militärischen Auseinandersetzung. Staatsmänner neigen dazu, ihre Politik als Friedenspolitik auszugeben. Sie reden pathetisch von Frieden und lassen durch ihre Untergebenen den nächsten Waffengang vorbereiten und machen durch ihre Propaganda in den Medien ihre Politik zur allein möglichen und richtigen Politik. Sie rüsten auf zum möglichen Ernstfall eines Krieges, dessen Zeitpunkt zum Ausbruch sie allein bestimmen. Eine Volksbefragung über einen Krieg gibt es nirgends auf der Welt.

Und noch dieses sei reflektiert: Kriegsgründe hat es nach Meinung derer, die ihn geführt haben, immer gegeben. Sie beriefen sich auf die alte Lehre vom „gerechten Krieg“. Die politische und damit moralische Rechtfertigung des Krieges stand im Mittelpunkt ihrer Argumentationen. Über die möglichen Folgen eines Krieges, was die gefallenen Soldaten und die zivilen Getöteten angehen, hat man kaum nachgedacht. Die voraussichtlichen Verluste waren legitimiert durch die Berechtigung, den Krieg zu führen.

Genau aber hier müsste heute ein Umdenken geschehen. Angesichts der modernen Waffentechnik, die ein massenhaftes Töten ermöglichen und durch den möglichen Einsatz von Atomwaffen müsste von den Folgen der Kriege her gedacht werden. Kann man Massenvernichtungen von Menschen und Massensterbungen von Zivilisation und Kultur noch verantworten? Von unserem heutigen Wissen her, was moderne Waffentechnik für eine Vernichtungskraft hat, müsste man doch zu dem Ergebnis kommen, dass der Krieg nicht mehr die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, dass er keine

politischen Lösungen bringen kann, die ein Weiterleben ermöglichen. Der Krieg hat sich durch die Entwicklung mit seiner Möglichkeit, die Erde weit hin unbewohnbar zu machen, als Mittel politischer Konfliktlösungen ad absurdum geführt.

Die Frage ist, welche Konsequenzen kann man aus den historisch-kritischen, den anthropologischen und psychologischen Überlegungen im Fall des Ukraine-Krieges ziehen:

1. Jeder Krieg, ob Angriffs- oder Verteidigungskrieg führt auf beiden Seiten zu Kriegsverbrechen. Das Denken und Handeln des Militärs zielt auf möglichst hohe Verluste des Feindes an Menschen und Material. Ist der Krieg, der von beiden Seiten als „gerechter Krieg“ bewertet wird, erst ausgebrochen, so gibt es wenige Möglichkeiten, zu einem Waffenstillstand und zu einem anschließenden Friedensvertrag zu kommen. Solange beide Seiten überzeugt sind, dass ihre Interpretation des Krieges die richtige ist, gibt es kaum eine Chance für ein Kriegsende. Ihr Denken kennt nur Sieg oder Niederlage. Für den eigenen Sieg sind sie bereit, den Krieg mit äußerster Härte zu führen. Eine Rücksicht auf die Bevölkerung gibt es nur am Rande. Ihr werden alle Schicksalsschläge zugemutet.

2. Im Falle des Ukraine/Russland Krieges dürfte erstaunen, dass ihre beiderseitigen Kenntnisse über die Opfer an Menschen und die Zerstörung an Infrastrukturen im letzten Weltkrieg sie nicht davon abzuhalten vermögen, die neue Zerstörung von Land und Leuten zu verhindern. Die Ukraine will unter allen Umständen siegreich aus dem Krieg hervorgehen und Russland will unter allen Umständen sein Ziel der Auflösung der Ukraine als eines selbstständigen Staates erreichen. In dieser Situation ist es schwer, die beiden Hauptkontrahenten an den Verhandlungstisch zu bringen. Sie werden es erst dann tun, wenn sie einsehen müssten, dass eine Fortsetzung des Krieges nicht mehr ihre strategischen und politischen Ziele bringen kann. Sie müssten einsehen, dass eine weitere ungebremste Fortführung des Krieges die Zahlen der militärischen und vor allem zivilen Opfer im Blick auf ihre Ziele sinnlos geworden sind. Am Ende würde ein total zerstörtes Land stehen, das es für einen Wiederaufbau sehr schwer hätte. Die erste Erkenntnis der Kontrahenten müsste sein, dass eine Totalisierung des Krieges keinen Frieden als Chance zum Aufbau einer neuen Nachkriegsbeziehung bringt. Die Erkenntnis der Sinnlosigkeit könnte sein, sich zu anderem politischen und militärischen Denken und Handeln durchzuringen. Wenn es keinen Siegfrieden mehr geben

kann, kommt nur ein Verhandlungsfrieden in Betracht. In ihm kann es nur um Kompromisse gehen, zu denen sich beide Seiten durchringen müssen. Eines dürfte dabei sicher sein: eine Rückkehr zum status quo ante dürfte nicht möglich sein. Die Krim bleibt russisch. Über den Status der „Volksrepubliken Donezk und Lugansk“ wird man verhandeln müssen. Es können auch unter internationaler Aufsicht Volksabstimmungen stattfinden oder es wird über eine staatsrechtliche Sonderstellung der beiden Bezirke innerhalb des Ukrainischen Staates verhandelt. Was auf jeden Fall geschehen muss, ist die Entwicklung neuer Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland.

Und zwischen den europäischen Staaten des Westens und Russland muss ein neues Vertrags- und Beziehungsnetz aufgebaut werden. Russland bleibt der osteuropäische Nachbar und sollte nicht durch eine westeuropäische Isolationspolitik zum Dauerfeind gemacht werden. Der Ukraine sollte man die Möglichkeit geben, Vollmitglied der Europäischen Union zu werden, wenn es die demokratischen Verfassungskriterien der EU erfüllt. Mitglied der NATO kann sie aus außenpolitischen und militärpolitischen Gründen auf keinen Fall werden. Aber die NATO kann Sicherheitsgarantien für eine Nachkriegsukraine geben. Wie auch im Einzelnen eine neue politische Nachkriegszeit aussieht: Die Weiterexistenz der Selbständigkeit der Ukraine verdankt sie neben ihrem eigenen Freiheitskampf der politischen Solidarität der westlichen Staatengemeinschaft. Sie ist mitinteressiert an dem Neuaufbau politischer, ökonomischer und kultureller Beziehungen zu Russland. Russland gehört zu Europa und kann nicht für immer als Bedrohung des Westens interpretiert werden. Und Russland kann nicht immer im Westen seine Bedrohung sehen. Es muss eine europäische Friedensstruktur geschaffen werden, mit der eine neue Ära friedlicher Beziehungen sich entwickeln lässt.

Was aber kaum in absehbarer Zeit möglich sein wird, ist eine einschneidende Abrüstung und die Abschaffung der Atomwaffen. Auch die neue Zukunft wird Konflikte bringen. Die Frage wird sein, ob die gemeinsame Entwicklung einer konkreten Friedenspolitik in der Lage sein wird, nicht doch noch zum alten Mittel eines neuen Krieges zu greifen.

Eine Garantie für den Frieden wird es nicht geben, aber die Einsicht kann wachsen, dass jeder nur denkbare kommende Krieg zur Vernichtung einer bewohnbaren Welt führen kann. Die Frage wird sein, ob das moralische und politische Potential sich entwickelt, um Widerstand zu leisten gegen den Unsinn und das Verbrechen eines weiteren Krieges.

Prof. Günter Brakelmann, evangelischer Theologe und Soziologe, von 1972 bis 1996 Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Ruhr-Universität Bochum. Im Februar 2022, noch vor dem Beginn des Krieges, verfasste er die „Bochumer Erklärung zum Konflikt um die Ukraine“, die einen von allen Konfliktbeteiligten akzeptierten Kompromiss forderte, um den Krieg zu vermeiden; er fand dabei zahlreiche Unterstützung in der evangelischen Kirche und weit darüber hinaus in Gesellschaft und Politik. Er ist langjähriges Mitglied der SPD.

Telepolis-Interview mit Antje Vollmer „Für mich hat der Krieg in den Köpfen spätestens 2008 und erst recht 2014 begonnen“

15. November 2022

Antje Vollmer ist Pfarrerin und Pädagogin. Sie ist zudem als Publizistin tätig und wurde als Bundespolitikerin bekannt. 1983 gehörte sie der ersten Grünen-Bundestagsfraktion an und war von 1994 bis 2005 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Ihr Interview im Onlinemagazin Telepolis erschien in zwei Teilen am 15. und 16. November 2022. Gesprächspartner war Telepolis-Chefredakteur Harald Neuber.

Frau Vollmer, vom UN-Klimagipfel COP27 über die Energiepolitik bis hin zum Parteitag der Grünen in diesem Jahr: Die Partei und ihre Mitglieder scheinen inzwischen zu fast jedem Kompromiss bereit. Das betrifft die Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien, die Position zur Atomkraft, aber auch die grundlegende friedenspolitische Verortung. Wie erklären Sie sich das?

Antje Vollmer: Die Grünen haben ihren historischen Platz preisgegeben, der sie in der deutschen Parteienlandschaft und auch in der europäischen Zukunftsdebatte über lange Zeit hinweg einzigartig gemacht hat.

Als Oppositionspartei?

Antje Vollmer: Mehr noch: als methodische Alternative im Umgang mit Systemkonflikten. Sie haben sich zu Beginn der 1980er-Jahre genau dort positioniert, wo die Welt auseinanderzureißen drohte. Und sie haben diese Spannung ausgehalten.

Die alte Friedensbewegung in der BRD und der DDR hat die Aufrüstung in Ost und West in gleicher Weise angegriffen und damit einen höchst umstrittenen Standort gewählt. Aber in der Sache hatte dies erstaunliche Erfolge. Heute neigen die Grünen dazu, sich voreilig auf die Seite der vermuteten Sieger der Geschichte zu stellen.

„Das Wort Verantwortung wird inflationär gebraucht“

Nun bezeichnen sich die Grünen aber auch heute noch als Friedenspartei, wenn es dort etwa heißt: „Unsere Politik zielt auf die Verhinderung gewaltsamer Konflikte, die Beseitigung von Gewalt- und Fluchtursachen und eine aktive zivile Krisenprävention und Konfliktlösung

„Für mich hat der Krieg in den Köpfen spätestens 2008 und erst recht 2014 begonnen“

Antje Vollmer: Aber das sind erst mal nur Behauptungen, und sie werden verschoben auf die „Zeit danach“, die Zeit nach dem Krieg, die Zeit nach dem Sieg im Systemkonflikt. Es gibt keine inhaltliche Debatte über die jetzt brennende Frage: Wie kommen wir denn zum Frieden hin?

Das Wort Verantwortung wird inflationär gebraucht als Ausdruck pathetischer Selbstvergewisserung. Führende Grüne bezeichnen sich und die Partei als staatstragend. Aber wo tragen Sie diesen Staat hin? In Richtung einer Führungsrolle in Europa? In Richtung zukünftiger Wirtschaftskriege? In Richtung neuer Aufrüstungsspiralen? Oder wollen wir vor allem Weltmeister der Moral werden?

Niemand hat bislang die Frage zufriedenstellend beantwortet, wie wir in diesem Europa, das in so einen desaströsen Zustand geratenen ist, wieder zu einer stabilen Friedensordnung kommen. Offenbar soll darüber erst nach dem Sieg über den verhassten Putin nachgedacht werden.

Wie beantworten Sie die Frage?

Antje Vollmer: Ich suche nach Konzepten unabhängig davon, wer gerade im Kreml an der Macht ist. Das letzte Konzept, an das ich mich erinnere, stammt von Michail Gorbatschow. Und der wiederum hatte auf ein anderes Konzept reagiert, nämlich auf die Entspannungspolitik und die Friedensbewegung. Darauf hat er gehofft. Und er hat damit das Postulat hochgehalten, dass es ohne Russland oder gegen Russland keine stabile Friedensordnung in Europa geben kann.

Die Münchner Sicherheitskonferenz vom 18. bis zum 20. Februar dieses Jahres war die erste entsprechende Tagung ohne Russland seit mehr als 30 Jahren. Vier Tage nach ihrem Ende hat der Krieg in der Ukraine begonnen.

Antje Vollmer: Für mich hat der Krieg in den Köpfen spätestens 2008 und erst recht 2014 begonnen. Das gilt für die russische Position – aber es gilt auch für den Westen. Der Ausschluss von Russland aus Europa war ja das erklärte alte Nato-Ziel.

Es ging demnach darum, die USA dauerhaft als Führungsmacht in Europa zu verankern, Deutschland dauerhaft einzuhegen und zu kontrollieren und Russland dauerhaft draußen zu halten. Aber die Entspannungspolitik, die Öko- und Friedensbewegung und Gorbatschow haben darauf reagiert, indem sie gesagt haben: Unsere Vision ist ein anderes Europa. Es wird keinen dauerhaften Frieden in Europa geben, wenn man Russland ausschließt.

Und am 24. Februar hat die russische Armee die Ukraine angegriffen.

Antje Vollmer: Und damit sind wir in eine Situation geraten, in der Putin das Tor zum Westen auf lange Zeit zugeschlagen hat. Aber auch der Westen hat Russland dauerhaft ausgeschlossen und sich schon lange eine andere Weltordnung überlegt.

Auf beschämende Weise konnte man das praktisch erleben, als sich – mit Ausnahme ausgerechnet von Viktor Orbán – kein einziger westlicher Politiker bereitfand, zur Beerdigung Michail Gorbatschows nach Moskau zu fahren. Selbst Deutschland, das ihm nahezu alles zu verdanken hatte, schickte weder Präsident noch Kanzler, Minister, Botschafter, Parlamentarier, sondern nur einen besseren Hausmeister mit bescheidenem Kranz.

Das kam mir vor, wie eine nachträgliche Exkommunikation aus dem europäischen Heiligtum. Dabei hätten sie alle bei dieser Gelegenheit nicht einmal Wladimir Putin begegnen müssen, der abgesagt hatte. Sie hätten nur ein Minimum an historischer Dankbarkeit und Vision dokumentieren müssen.

Besteht jetzt noch eine Pattsituation zwischen Ost und West?

Antje Vollmer: Nein, das glaube ich nicht, denn es gibt längst einen drohenden Schatten eines sehr großen anderen Elefanten im Raum. Das ist die kommende Auseinandersetzung mit China. Das einzig Sinnvolle an unserer jetzigen Konfrontation ist doch, dass wir eine ehrliche Bilanz ziehen: Hat uns die Methode der Konfrontation mit dem immer autoritärer werdenden Russland im letzten Jahrzehnt genutzt oder geschadet?

Haben uns die einmalig harten Wirtschafts-Sanktionen dem erwünschten Ziel nähergebracht? Und wenn sie uns im Gegenteil eher geschadet haben, sollten wir diese Art der Konfrontation auf die ganze Welt übertragen? Also auch auf die große kommende Auseinandersetzung mit China? Die Frage muss man nüchtern und ohne Selbstbetrug beantworten.

Ich würde gerne mal kurz zurückkommen, auf die Entwicklung der Grünen. Wie erklären Sie sich diesen offensichtlichen Wandel der Partei? Liegt das allein an der massiven Entwicklung der Mitgliederzahl, sozusagen an einem schleichenden Austausch der Parteibasis?

Antje Vollmer: Das alles trägt Züge eines heftigen Generationenkonfliktes, das ist klar. Die heute Verantwortlichen wissen wenig von dem damaligen Zusammenschluss der Basisbewegung in Ost und West, von der Idee der Block-

„Für mich hat der Krieg in den Köpfen spätestens 2008 und erst recht 2014 begonnen“

überwindung anhand von Ökologie – und Friedensfrage.

Für uns hatte die größten Probleme der Menschheit weder der Kapitalismus noch der Sozialismus bewältigt. Unser Ziel war es, uns aus der Block-Logik zu befreien und nach vorn zu denken. Vom Triumph des Westens als Ziel der Geschichte waren wir nicht überzeugt. Das bewahrte uns auch vor moralischer Hybris.

„Auch die Ökologen müssen sich irgendwann entscheiden“

Wer die notwendige Verbindung von Friedenspolitik und Ökologie im Kopf hat, der weiß, dass er niemals die ökologische Frage weltweit lösen kann ohne eine neue Zusammenarbeit mit China und Russland und den Teilen der Welt, die sich nicht dem Westen zugehörig fühlen. Der weiß, dass er eine Brücke bauen muss über den immer tiefer werdenden Graben zwischen den neuen Machtzentren des neuen Kalten Krieges.

Gibt es noch Stimmen bei den Grünen, die diese Position vertreten?

Antje Vollmer: Also Pazifisten kenne ich keine mehr. Ökologen gibt es noch eine ganze Menge. Aber auch die müssen sich irgendwann entscheiden: Wollen sie vorrangig die Bösewichte der Welt, also die Putins und Xi Jinpings, bestrafen, oder wollen sie die Welt retten?

Im Augenblick hat man den Eindruck, dass die Grünen sich dafür entschieden haben, führend in der Phalanx derjenigen mitzumachen, die die verfluchten Autokraten zu Fall bringen wollen. Eine pazifistische Vision, die selbst für den Paria einen Ausweg sucht, hin zu neuen gemeinsamen Zielen, gilt ihnen als charakterlos und „lumpenpazifistisch“.

Das hat viel damit zu tun, wie ernst man die Gattungsfrage in der Klimakrise nimmt. Ob wir meinen, uns noch ein paar Umwege leisten zu können, oder ob wir alles, wirklich alles darauf konzentrieren, Wege zum Frieden zu finden, damit wir endlich zu einer gemeinsamen Klimapolitik kommen.

Wie kommt es denn zu dieser Entwicklung? Ist das nach Ihrer Beobachtung ein Ergebnis der parlamentarisch-politischen Debatte, oder spielen da noch weitere Akteure eine Rolle?

Antje Vollmer: Über keine Entwicklung grübele ich mehr nach als über das umfassende Umkippen des Bewusstseins, das die alte Bundesrepublik bis in die 1990er-Jahre geprägt hat und das von Entspannungspolitik und Gerechtigkeitsfragen doch sehr durchdrungen war.

Jetzt wird uns ja dauernd gesagt, die Welt habe sich vollkommen verändert. Ich glaube aber eher, unsere Position zur Welt hat sich verändert. Und da spielen die Leitmedien - alle im gleichen Alter wie die Grünen - eine zentrale Rolle. In den Talkshows und Rundfunk-Interviews ist es eine Gruppe, die gar nicht so sehr bekannt ist, aber großen Einfluss hat: eine anwachsende Menge von politischen Thinktanks und sogenannten Militär-Experten, die übrigens immer jünger und immer weiblicher zu werden scheinen.

„Die Heinrich-Böll-Stiftung war geprägt von dem Pazifisten Heinrich Böll“

Es ist an sich aber doch nicht verwerflich, Vertreter solcher Organisationen einzuladen, die im besten Fall Fachwissen in die Debatte einbringen.

Antje Vollmer: Das würde zutreffen, wenn es nicht eine grundsätzliche politische Neuausrichtung vieler dieser Organisationen gegeben hätte. Nehmen Sie etwa die Körber-Stiftung und die Bosch-Stiftung. Beide sind von ihren Gründern gedacht worden als Instrumente der Versöhnung und der Nachkriegs-Verständigung mit Russland.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik dachte unter dem Einfluss von Habermas und Carl Friedrich von Weizsäcker über Weltinnenpolitik und über das Friedensethos nach, also über Fragen der weltweiten Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik war einst eine hochgeachtete Institution, in der führende Staatsleute aus Ost und West eine faire Plattform hatten, um ihre Sicht der Welt darzulegen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung war geprägt von dem Pazifisten Heinrich Böll. Was ist aus diesen Institutionen inzwischen geworden? Sie sind fast ausschließlich transatlantisch orientiert, sehr konfrontativ zu allen Gedanken der Entspannungspolitik, die sie als überholt definieren. Und sie sind immer dichter an die Berliner Politik-Blase herangerückt. Und das alles ohne öffentliches Mandat, sondern oft im privatwirtschaftlichen Interesse.

Das heißt, das sind keine inhaltlich unabhängigen Institutionen mehr, sie verbreiten aber eine ziemlich einheitliche Agenda. Sie haben ihren Gründungsauftrag nahezu in das Gegenteil verkehrt.

„Jetzt hilft nur noch die Weisheit des westfälischen Friedens“

16. November 2022

Frau Vollmer, im ersten Teil des Gesprächs haben Sie politische Stiftungen und Thinktanks kritisiert, weil sie „eine ziemlich einheitliche Agenda“ verbreiteten. Das betrifft auch ehemalige grüne Mitstreiter von Ihnen, konkret Ralf Fücks und Marieluise Beck. Die beiden haben 2017 einen Thinktank mit dem Namen Zentrum Liberale Moderne gegründet. In den Jahren 2018 bis 2021 sind nach Auskunft der Bundesregierung rund 4,5 Millionen Euro an diese Organisation geflossen, die auf die öffentliche Meinung einwirkt. Wie bewerten sie das?

Antje Vollmer: Diese sogenannte NGO ist ein besonders eklatantes Beispiel eines hybriden politischen Thinktanks. Zwei ehemalige Spitzenpolitiker nutzen sämtliche Netzwerke der Institutionen, in denen sie lange tätig waren, und gründen dann mit Staatsgeld einen antirussischen Thinktank, den sie „Non Government Organisation“ nennen und der durch keine echte Praxis im Land ausgewiesen ist.

Es gibt viele engagierte Städtepartnerschaften, die würden sich freuen, wenn sie auch nur punktuell Projektmittel vom Staat erhielten. Aber dieser Thinktank hat von Beginn an höchste politische Unterstützung genossen.

Warum ausgerechnet das Zentrum Liberale Moderne, was macht diese Organisation so besonders?

Antje Vollmer: Ich vermute, es sollte damals die zentrale Denkfabrik für eine schwarz-grüne Regierungsoption sein. Das würde dann aber auch bedeuten, dass das Postulat der Unabhängigkeit von Beginn an nicht stimmt. Es stimmt nicht die Regierungsferne, es stimmt nicht die Basisverankerung. Das Zentrum Liberale Moderne ist stattdessen ein Instrument eines ideologischen Lobbyismus.

Im Vergleich dazu muss man den Parlamentarierinnen und Parlamentariern zugutehalten, dass sie für ihre Positionen jederzeit öffentlich Rechenschaft ablegen und sich alle vier Jahre erneut einer Wahl stellen müssen. Bei diesen Thinktanks aber sitzen die prominenten Vertreter teilweise über Jahrzehnte auf ihren Posten, wirken mit in Netzwerken. Das dann im Einzelfall für eine unabhängige wissenschaftliche Expertise zu halten, das finde ich ziemlich naiv.

Was also tun?

Antje Vollmer: Wir sollten generell vorsichtig sein in der Einschätzung dessen, was uns medial als Mehrheitsmeinung präsentiert wird. Das waren schon richtige Fragen, die Harald Welzer und Richard David Precht in der letzten Zeit gestellt haben. Manchmal wird etwas als Mehrheitsmeinung ausgegeben ausgerechnet von denen, die gezielt an der Etablierung solcher Mehrheiten arbeiten und von ihnen profitieren.

„Getragen vom Gefühl unanfechtbarer Überlegenheit“

Das bedeutet aber auch, dass man sich heute selbst eine hohe Dissidentenqualität aneignen muss, die Fähigkeit zu zweifeln, sogar an eigenen Gewissheiten. Manchmal muss man ziemlich einsam in einem überwiegend monokulturellen Meinungsumfeld bestehen. Dabei ist der Grundton westlicher Debatten gegenüber den neu aufkommenden Problemen in der Welt meist getragen vom Gefühl unanfechtbarer Überlegenheit, an der es nicht den geringsten Zweifel geben dürfe. Aber genau dieser Zweifel ist notwendig.

Vor allem muss man hellhörig werden gegenüber den Stimmen, die bei uns sehr leise geworden sind.

Was bedeuten diese Empfehlungen konkret für die Haltung gegenüber der globalen Krise, die mit dem Krieg in der Ukraine an Schärfe gewonnen, aber nicht mit ihm begonnen hat?

Antje Vollmer: Das bedeutet, dass wir uns etwa fragen müssen, warum Länder wie Indien oder Indonesien diese große Polarisierung zwischen China und dem Westen nicht mitzumachen bereit sind. Oder dass wir uns für die Erfahrungen von Südafrika interessieren sollten, von wo aus man uns rät: „Setzt euch an den Verhandlungstisch und misstraut auch euren eigenen Gewaltphantasien und Hassbildern.“

Stattdessen haben wir inzwischen acht EU-Sanktionspakete gegen Russland. Die Wirkung der Sanktionen kann man nach jüngsten Antworten auf parlamentarische Anfragen aber gar nicht verlässlich einschätzen.

Antje Vollmer: Wir sollten uns schon ernsthaft und grundsätzlich die Frage stellen, ob die Politik der Sanktionen auch nur den geringsten Erfolg auf der gegnerischen Seite hatte. Ich meine das nicht nur in Bezug auf Putin, son-

dern auch mit Blick auf die Geschichte der Sanktionen gegen den Iran, gegen Kuba und andere Staaten.

Solche Maßnahmen haben immer dazu geführt, dass die betroffene Bevölkerung verelendet ist und unter einem ganz großen ökonomischen Druck gerät, während in den Machttagen die Hardliner das Oberwasser bekamen. Wenn dagegen die Sanktionen auch nur wenig gelockert wurden, bekamen die Reformer in diesen Ländern ein bisschen Luft zum Atmen.

Auch bei den Völkern stieg das Vertrauen in eine Verbesserung ihrer Lage. Interessant ist übrigens, dass es zur Zeit des Kalten Krieges keine Wirtschaftssanktionen gegen die Sowjetunion gab - nur einen Olympia-Boycott.

Das Elend bei der aktuellen westlichen Strategie ist, dass niemand mehr auf die Wirkung von Reformen baut, die natürlich Zeit brauchen. Der Westen ist in seiner eigenen Eskalationsspirale gefangen und setzt offen oder verdeckt auf einen Regime-Change, letztlich eine revolutionäre Lösung. Aber revolutionäre Konzepte setzen immer auf Gewalt. Sie spielen mit vielen Unbekannten und mit dem Risiko des Chaos.

Die Erde in ihrem bedrohten Zustand braucht aber Reformen, braucht Kooperation über Gräben hinweg, braucht einen Abbau von Feindbildern. Diese Erde braucht eine Einbindung in eine gemeinsame Aufgabe, selbst mit denjenigen, mit denen wir so viele Differenzen haben.

Wenn es stimmt, dass der Westen gegenüber der ökologischen Frage genauso viele Fehler begangen hat wie die sozialistischen Regime – dann besteht die Chance, aus den beiderseitigen Irrtümern eine neue Form zukünftiger Kooperation zu entwickeln - diesmal auf Augenhöhe.

Sie sehen für die Lösung der ökologischen Krise die Notwendigkeit einer neuen globalen Kooperation. Das klingt in Bezug auf unseren Kontinent sehr nach dem, was Michail Gorbatschow in seiner Prager Rede im April 1987 mit seinem Bild eines gemeinsamen europäischen Hauses beschrieben hat. Hat dieses Haus aber noch die Chance, bezogen zu werden?

Antje Vollmer: Die Bedingung der damaligen Hoffnungen war die Gewaltfreiheit bei den tiefgreifenden Veränderungen. Das europäische Haus sollte nicht auf den blutdurchtränkten Schlachtfeldern eines Krieges, sondern auf

diplomatischer Vernunft und der Idee einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur für alle europäischen Völker entstehen.

In diesen unschuldigen Zustand von 1990 kommen wir nicht mehr zurück. Zu viel ist passiert: Die Demütigungen, die Feindbilder, die gegenseitigen Gewalteskalationen, schließlich der Krieg, der ja nicht einmal der Erste war.

„Erst einmal müssen die Waffen schweigen“

Jetzt hilft nur noch die Weisheit des westfälischen Friedens. Die aber heißt: Wir fangen an, unsere gegenseitigen Sicherheitsbedürfnisse ernst zu nehmen. Wir akzeptieren unsere Unterschiede. Wir regeln mit Verhandlungen, was wir zu regeln vermögen. Den Rest muss eine höhere Macht oder die zukünftige Generation bewältigen. Erst einmal müssen die Waffen schweigen.

Und was bedeutet das im Umkehrschluss? Welche Perspektiven haben wir, wenn jetzt alle Kontakte abgebrochen werden und dass das erklärte Ziel ist, jeglichen Handel und jeglichen Einkauf von Ressourcen aus Russland einzustellen?

Antje Vollmer: Das Ergebnis ist nicht schwer vorauszusehen. Wo nicht mehr ge- und verhandelt wird, wo auch keine kulturellen Verbindungen mehr bestehen, da wird erst mental und dann später auch real der Krieg auf Dauer gestellt. Das ist es, was auch uns einer realen militärischen Auseinandersetzung oder sogar einem dritten Weltkrieg immer näher bringt.

Das geht mit einer weiteren großen Gefahr in Europa einher: Es ist in vielen Ländern ein für mich unerträglicher neuer Nationalismus im Schwange. Bei Ländern wie Polen, der Ukraine oder den baltischen Staaten kann ich sehr gut verstehen, dass sie schlimme historische Erfahrungen gemacht haben. Aber nationaler Chauvinismus - egal ob er russisch, polnisch, ukrainisch oder deutsch ist - jede nationale Überheblichkeit und Heroisierung ist keine Rettung, schon gar nicht für Europa.

Der Nationalismus war ganz im Gegenteil immer der Totengräber der europäischen Einheit und die Ursache von vielen Kriegen, von allen Vertreibungen, auch von allen Vernichtungsphantasien. Es ist mir unheimlich, wenn plötzlich Nationalismen wieder als historisch unschuldige Identitätsmerkmale von Völkern betrachtet werden.

Welche Friedensperspektiven sehen sie in diesen Kriegszeiten, in diesem aktuellen Krieg und vielleicht angesichts möglicherweise kommender Kriege? Welche Wege und Akteure können zu einem europäischen und einem globalen Frieden führen?

Antje Vollmer: Ich glaube, dass Deutschland seine Chancen einer vermittelnden Position im Augenblick weitgehend verspielt hat. Ich habe aber eine große Hoffnung, dass aus diesem Desaster doch so etwas wie eine neue Blockfreien-Bewegung entsteht.

Eine solche Allianz könnte im internationalen Rahmen mit starken Ländern aufwarten, die sagen: Wir sind mehr interessiert an Kooperation. Kooperation in der zentralen Frage der Klimakatastrophe, des Nord-Süd-Konflikts, der Migration oder bei der Bekämpfung von Armut. Sie könnten dann auch in der UNO wieder an Boden gewinnen und ihr wieder zu der Bedeutung verhelfen, die sie nach 1945 einmal hatte.

Die Verurteilung Russlands in der UN-Vollversammlung war richtig und notwendig, weil der Krieg gegen die Ukraine die Grundideen der UNO verletzt. Aber die Idee einer Weltinnenpolitik, eines Weltethos, einer friedlichen Kooperation der Völker – die braucht ganz dringend eine neue Blockfreien-Bewegung.

Ob ich das noch erlebe, weiß ich nicht. Aber diese Bewegung wird sicher eines Tages aus der wachsenden Konfrontation des Westens mit China entstehen. (Harald Neuber)

Dr. Antje Vollmer, Pfarrerin und Pädagogin, gehörte 1983 der ersten Bundestagsfraktion der Grünen an und war von 1994 bis 2005 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages.

Angelika Claußen**Waffenstillstand. Frieden in der Ukraine.****Klimakrise eindämmen.**

Der Weg zur Lösung dieser globalen Probleme ist der Gleiche – Dialog und internationale Kooperation. Auch wenn es uns jetzt noch utopisch erscheint, Europa braucht einen Paradigmenwechsel hin zu nachhaltigem Frieden und gemeinsamer Sicherheit. Wir müssen jetzt anfangen!

Die IPPNW sieht in der Gefahr eines Atomkriegs und in der sich zuspitzen- den Klimakrise die beiden größten Bedrohungen für die Menschheit im 21. Jahrhundert.

Klimakrise: Sie ist verursacht durch eine massive Überschreitung der ökologischen Belastungsgrenzen unseres Planeten. Ein Beispiel: Statt einer Erde verbrauchen die Menschen in Deutschland, jährlich so viel, als hätten sie drei Erden zur Verfügung. Die G20 Staaten hatten 2021 81% des jährlichen CO-2 Ausstoßes zu verantworten. Diese wenigen Zahlen zeigen die Grenzen der fossilen Lebens- und Produktionsweise auf und das gilt für alle industriell entwickelten Staaten des globalen Norden, einschließlich der Öl- und Gas produzierenden Länder.

Atomwaffen: Es gibt neun Atomwaffenstaaten, die ihre atomare Aufrüstung politisch-militärisch mit dem Begriff Modernisierung verbrämen. Russland, Atommacht und Mitglied im UN-Sicherheitsrat überzieht sein Nachbarland Ukraine mit einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg und droht damit, u.U. Atomwaffen einzusetzen. Die anderen vier Atomkräfte im UN-Sicherheitsrat USA, Großbritannien, Frankreich und China könnten spätestens jetzt den gemeinsamen Vorschlag an Russland machen: Wir alle müssen gemeinsam auf einen atomaren Erstschatz verzichten – no first use - und wieder zu Rüstungskontrolle und atomarer Abrüstung zurückkehren.

Das wäre ein Schritt in Richtung gemeinsame Sicherheit – Kooperation. Der nächste heißt Abrüstung, auch um den Ressourcen und CO-2 Verbrauch des Militärs zu senken – mittel- und langfristig.

CO-2 Stiefelabdruck des Militärs: Welche ökologische Belastung verursacht der militärische Sektor, in Friedenszeiten und im Krieg? Die Forscher*in-

nen Stuart Parkinson (Scientists for Global Responsibility SGR) und Linsey Cottrell (Conflict and Environment Observatory CEOBS) in Großbritannien schätzen das der weltweite CO-2 Stiefelabdruck des Militärs mindestens 5,5 % des gesamten CO-2 Fußabdrucks ausmacht¹. Diese Schätzung ist erschreckend und gleichzeitig erzwungenermaßen vage und voraussichtlich unter dem realen Wert: denn die öffentlich zugänglichen Daten sind intransparent. Staaten sind nicht verpflichtet den CO2-Ausstoß ihres Militärs zu erheben. Die Rüstungskonzerne verweigern darüber hinaus Auskunft hinsichtlich der Rohstoffkette, die der Produktion von Waffen und Rüstung voransteht. So bleiben die Klimakonsequenzen z.B. des 100 Mrd.-Aufrüstungspakets wenig greifbar und damit wenig angreifbar. Direkte, auf den ökologischen Fußabdruck eines bestimmten Kriegs bezogene Daten gibt es ebenfalls nur sehr unvollständig.

Es geht jedoch um weit mehr als den CO2-Ausstoß. Der Begriff „ökologische Belastungsgrenzen oder planetare Grenzen“ ist ein Grundbegriff in der Klimadebatte, den Politiker und Politikerinnen häufig ausklammern. Die planetaren Grenzen umfassen den sicheren und gerechten Handlungsspielraum, in dem Gesundheit und Wohlergehen für heutige und zukünftige Generationen sichergestellt sind und die Bewohnbarkeit der Erde erhalten wird. Bezeichnenderweise spielt der Begriff der ökologischen Belastungsgrenzen und deren Einhaltung in den Planungen von Sicherheitsexperten, Militärs und Sicherheitspolitikerinnen keine Rolle, weder in den NATO - Ländern noch in Russland oder in China. Auch wenn das Stichwort Klimawandel erwähnt wird.

Eine umfassende Transformation unserer Lebensweise, Produktionsbedingungen und Sicherheitskonzepte, wie sie die Einhaltung der planetaren Grenzen bedingen würde, ist also nicht in Sicht. Wie will sich die NATO also an den Klimawandel anpassen? NATO - Generalsekretär Stoltenberg dazu auf der Klimakonferenz 2021 in Glasgow: „Wir brauchen Technologien, die Treibhausgasemissionen reduzieren. Aber wir können nicht auswählen zwischen grünen oder robust ausgestatteten Streitkräften. Wir brauchen grüne und robust ausgestattete Streitkräfte“.

Im Klartext: NATO-Streitkräfte sollen zukünftig mit wasserstoffgetriebenen Ökopanzern in die Schlacht ziehen, ihre Flugzeuge sollen mit biologische Treibstoffen Bomben abschießen.

¹ <https://ceobs.org/estimating-the-militarys-global-greenhouse-gas-emissions/>

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Friedensbewegung und insbesondere uns Ärzt*innen in der IPPNW in ein schreckliches Dilemma katapultiert: Denn was ist höher zu bewerten? Das unveräußerliche Recht auf Leben und Gesundheit, für das wir Ärztinnen und Ärzte jeden Tag in unserem Berufsalltag eintreten? Oder das Recht der ukrainischen Bevölkerung und des ukrainischen Staates auf eigene Identität und Unabhängigkeit, unabhängig vom Diktat der russischen Regierung und ihr unveräußerliches Recht auf Selbstverteidigung in diesem Angriffskrieg?

Wir Ärztinnen und Ärzte setzen uns klar für Waffenstillstand und Frieden, gegen immer größere und fortschreitende Waffenlieferungen ein. Die IPPNW spricht und urteilt aus einer humanitären Perspektive: Jeder Kriegstag ist einer zu viel – der Krieg muss jetzt so schnell wie möglich beendet werden.

Mit jedem Tag, den der Krieg länger dauert, kommen mehr Menschen ums Leben, werden körperlich verletzt oder psychisch traumatisiert. Die ökologischen Folgen und klimatischen Auswirkungen des Krieges sind schon jetzt enorm und steigen täglich weiter an.

Und mit jedem Tag wächst das Risiko, dass sich der Krieg auf andere Staaten ausweitet oder zum Atomkrieg eskaliert.

Deshalb brauchen wir einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Dabei muss der Prozess im Mittelpunkt stehen, nicht das Endergebnis. Die Ukraine verhandelt jeden Tag mit Putin, wenn es um die Weizenlieferungen geht, um die Hungersnot in vielen abhängigen Ländern einzudämmen. Auch um Gefangenenaustausch wird verhandelt.

Warum nicht als nächsten Schritt für eine demilitarisierte Zone um das AKW Saporishshja verhandeln? Zudem könnte die US-Regierung gemeinsam mit China einen Vorschlag im UN-Sicherheitsrat machen, eine Vereinbarung gegen den Erstschatz mit Atomwaffen zu verkünden. Die Atomkräfte im UN-Sicherheitsrat tragen Verantwortung für das Leben und die Existenz der gesamten Menschheit. Jetzt!

Wir IPPNW- Ärzt*innen fordern Verhandlungen

- Für einen Waffenstillstand jetzt!
- Für den Verzicht auf den Ersteinsatz mit Atomwaffen!
- Für verpflichtende Berichterstattung militärischer CO₂-Emissionen und deren Reduktion durch Abrüstung

Nur mit erneuten Schritten zu Kooperation werden wir diese übergeordneten Menschheitsziele gemeinsam verwirklichen. Genauso wie die Menschheit und die Staatengemeinschaft die Klimakrise nur gemeinsam lösen können.

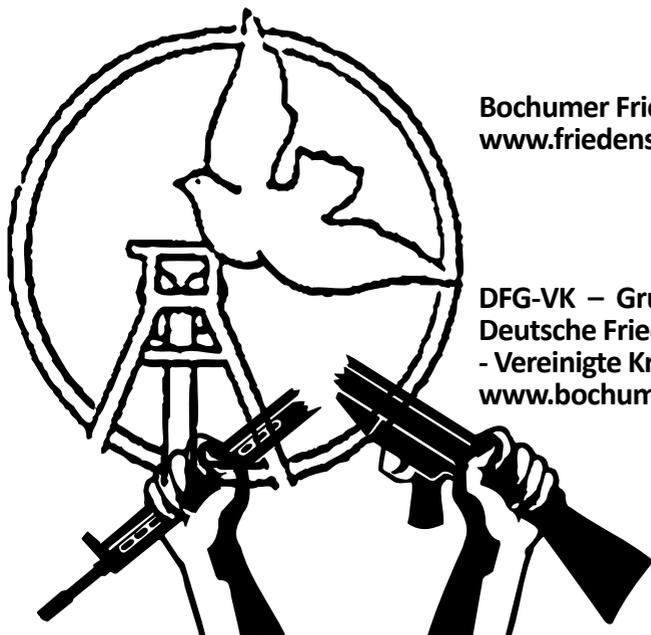
Dr. med. Angelika Claußen, Ärztin für Psychiatrie und Psychotherapie, ist Co-Vorsitzende der IPPNW Deutschland (Internationale Ärzt*innen zur Verhütung des Atomkrieges/ Ärzt*innen in sozialer Verantwortung)

*I fear the world is not sleepwalking into a wider war.
I fear it is doing so with its eyes wide open.*

*Ich fürchte, die Welt schlafwandelt nicht
in einen größeren Krieg hinein.
Ich fürchte, sie tut dies mit weit geöffneten Augen.*

UN-Generalsekretär António Guterres

New York, 06 February 2023, Secretary-General's briefing to the General Assembly on Priorities for 2023



Bochumer Friedensplenum
www.friedensplenum-bochum.de

DFG-VK – Gruppe Bochum/Herne
Deutsche Friedensgesellschaft
- Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
www.bochum-herne.dfg-vk.de